

Freie Kirchen in der freien Gesellschaft

Wissenschaftler und Politiker diskutierten das Verhältnis von Staat und Kirche

Am 26. und 27. Oktober 1974 veranstaltete die Humanistische Union, Landesverband Nordrhein-Westfalen in Zusammenarbeit mit dem Humanistischen Bildungswerk NRW, der Volkshochschule Dortmund und den Deutschen Jungdemokraten (DJD) den Kongreß „Freie Kirchen in der freien Gesellschaft“ im Fritz-Henßler-Haus in Dortmund.

Dieser Kongreß sollte einen Beitrag zur weiteren Versachlichung der demokratischen Diskussion über das Verhältnis von Staat und Kirche in der Bundesrepublik leisten und Gemeinsamkeiten liberaler Staatskritik, marxistischer Gesellschaftskritik und christlicher Selbstkritik herausarbeiten helfen. Da die Texte der Vorträge sowie ein ausführlicher Kongreßbericht beim Bildungswerk der Humanistischen Union NRW – Zweigstelle Dortmund, c/o Ruth Storchmann, 46 Dortmund-Bräckel, Postfach 3260 erhältlich sind (bitte 2,- DM in Briefmarken beilegen), beschränken wir uns auf den Abdruck der Einleitung des Kongreß-Berichts von Ruth Storchmann und Peter Rath und einer Übersicht über Vorträge und Referenten.

„Der Friede schien perfekt. Die Kirche war nicht zur Staatskirche und der Staat nicht zum Kirchenstaat geworden. Obwohl die Trennung von Staat und Kirche in der BRD formell vollzogen ist, blieb die vielfältige Verquickung von Leistungen, Interessen und Privilegien unangetastet. Das Verhältnis von Staat und Kirche schien kein politisches Thema mehr zu sein, da auch die SPD ihren Frieden mit dem status quo geschlossen hatte. Diesen Frieden störten nach den teils spektakulären, teils stillen Vorarbeiten der Humanistischen Union (HU) die Jungdemokraten, als sie 1973 ein Thesenpapier verabschiedeten, das zum Beschluß des FDP-Parteitagess „Freie Kirchen im freien Staat“ führte. Eine Forderung, mit der sich so recht keine gesellschaftliche Kraft identifizieren mochte, während die heftigen Reaktionen amtskirchlicher Kreise den Eindruck erwecken, hier werde geradezu an konstitutionellen

Fundamenten unserer Republik gerüttelt. Der von der Humanistischen Union und den deutschen Jungdemokraten veranstaltete Kongreß „Freie Kirchen in der freien Gesellschaft“ machte neben der Frage nach dem gesellschaftlichen Stellenwert der Forderung deutlich, daß die demokratische Diskussion über die Stellung der Kirchen in der Gesellschaft vorangekommen und theoretisch zu einem Abschluß gekommen ist, dem die Kirchen nichts Qualifiziertes entgegenzusetzen haben. Sie waren denn auch erst gar nicht erschienen: die Vertreter der Amtskirchen. Und selbst Frau Liselotte Funcke (FDP) ließ die Veranstalter mit Rücksicht auf die Landtagswahlen wissen, sie werde nicht kommen, da ihr die öffentliche Diskussion nicht hilfreich erschiene: „Man kennt die bayerische Mentalität und die skrupellose Art des Gegners, solche Dinge kurz vor der Wahl in der eigenen Weise auszuschlachten... Hier gilt es, den bayerischen Parteifreunden das Leben möglichst nicht schwerer zu machen, solange wir nicht Gegenpropaganda und Aufklärung bis in die letzten Dörfer sicherstellen können.“

Vorträge und Referenten

Will der Liberalismus die Kirchen aus dem gesellschaftlichen Leben verdrängen?

Ref.: Prof. Dr. Nikolaus Koch, Witten

Grundzüge marxistischer Religionskritik

Ref.: Robert Steigerwald, Eschborn

Das Demokratieverständnis der katholischen Kirche

Ref.: Prof. Horst Herrmann, Münster (Kirchenrechtler)

Das Demokratieverständnis der evangelischen Kirche

Ref.: Hans-Jürgen Benedict, Bochum (Assistent am evangelisch-theologischen Seminar der Ruhr-Universität)

Kirche zwischen Restauration und Revolution

Ref.: Prof. Dr. Hubertus Mynarek, Kitzingen (früher Dekan der Theologischen Fakultät der Universität Wien).

Delegiertenkonferenz 1975

Der Vorstand der Humanistischen Union hat beschlossen, die dritte ordentliche Delegiertenkonferenz der Humanistischen Union für den 22. und 23. März 1975 nach Hannover einzuberufen. Die Mitglieder und Ortsverbände der Humanistischen Union werden hiermit aufgerufen, gemäß der Satzung und der Wahlordnung der Humanistischen Union Kandidaten für die Delegiertenwahl vorzuschlagen. Für das Vorschlags- und Wahlverfahren verweisen wir auf die diesen „Mitteilungen“ beiliegende Wahlordnung. Außerdem bitten wir die §§ 9–11 der Satzung zu berücksichtigen. Die Delegierten werden in einzelnen Wahlkreisen, die mit den Bundesländern identisch sind, gewählt. Dabei kommt auf je angefangene 75 Mitglieder ein Delegierter. Delegiertenkandidaten können von je einer Gruppe von mindestens 10 Mitgliedern oder von jeder Ortsverbandsmitgliederversammlung vorgeschlagen werden. Gewählt werden die Delegierten schriftlich von allen Mitgliedern der Humanistischen Union.

Die Kandidatenvorschläge müssen beim Wahlleiter (Bundesgeschäftsstelle der Humanistischen Union in München) bis zum 27. 12. 1974 eingegangen sein. Nachträglich eintreffende Kandidatenvorschläge können nicht berücksichtigt werden. Anträge an die Delegiertenkonferenz müssen bei der Bundesgeschäftsstelle bis zum 24. 1. 1975 eingegangen sein.

Die Kandidatenvorschläge müssen auf Formblättern erfolgen, die von der Bundesgeschäftsstelle zu beziehen sind.

Unser Geschenktip

Auf Seite 27 und 28 dieser Mitteilungen finden Sie unsere neue Bücherverkaufsliste mit informativen Texten, viele zu Sonderangebotspreisen. Bitte bestellen Sie diese Bücher auch als Geschenk für Ihre Freunde. Einfach ausfüllen, abtrennen und einsenden an die Geschäftsstelle,

Elterninitiativgruppe – Lebensfähige Erziehungszelle?

Über die freie Kinderspielgruppe der HU in Lübeck

Deutschlands Eltern haben sich überzeugen lassen, daß die „Freie Kindererziehung“ der bemitleidenswerte Versuch einiger Fanatiker ist, ohne Zukunft, ohne Fundament, nicht realisierbar! Aufatmend sind sie zu Sauberkeit, Ordnung, Autorität und zur eigenen Selbstsicherheit zurückgekehrt. Nun ja, man hat schließlich seinen Konrad Lorenz, seine Christa Meves gelesen!

Was aber ist aus den „Spinnern“ geworden, die eine Elterninitiativgruppe aufmachten? Mußten sie sich dem allgemeinen Trend anschließen? Sind sie überhaupt noch da? Wie und womit haben sie um ihre Existenz gekämpft?

In der Lübecker HU gibt es eine solche Gruppe. Im Mai 1973 wurde das Kinderhaus in der Dr. Julius-Leber-Straße offiziell bezogen. Es gab eine Eröffnungsfeier, Gäste waren geladen, die Feuerwehr stellte für die Kinder ein Feuerwehrauto als Attraktion auf den Hof, die Zeitung brachte eine kleine Notiz. Der damaligen Gruppe gehörten 7 Familien an; 9 Kinder sollten von nun an täglich von 9–13 Uhr in Ihrem Haus zu Hause sein, zusammen mit 2 Erwachsenen.

Die Elterngruppe war sich darüber im klaren, kein Summerhill schaffen zu können, aber sie wollte versuchen, in Neills Sinne zu arbeiten. Neben der eigentlichen Gruppenarbeit am Vormittag wurden gegenseitige Besuche gemacht, gemeinsame Ausflüge und regelmäßige Elternabende durchgeführt. Die meisten Eltern hatten die entsprechende Literatur gelesen. Man hoffte, gemeinsam mit den Kindern zum Freundeskreis zu werden und dadurch dem einzelnen Mitglied Halt und Stabilität in unserer Gesellschaft, auch gegen sie zu vermitteln.

Diese Hoffnung hat sich nicht ganz erfüllt. An den Elternabenden stellte sich mehr und mehr heraus, daß jedes Gruppenmitglied eine andere Vorstellung von freier Erziehung hatte. Man wollte es anders machen als üblich – aber wie? Mehr oder weniger heftige Diskussionen wurden ausgetragen, Unsicherheit führte zu Fehlverhalten und damit zu Mißtrauen, zu Unbehagen und Aggressivität innerhalb der Elterngruppe. Das Verhalten – auch Fehlverhalten! – eines Kindes ist ja meist eine Folge seines Zuhauses. Wie leicht kann es da in der Elterngruppe zu falschen und verführten Rückschlüssen kommen!

Da sich die Mitglieder noch nicht lange kannten, kam es zu Enttäuschungen durch

falsche Einschätzung und Bewertung der einzelnen, zu Mißverständnissen, Intoleranz, Gehässigkeiten.

Die ersten Familien zogen sich zurück. Vielleicht war die Ursache simple Bequemlichkeit gegenüber dem Sich-engagieren-Müssen (Gruppendienst machen, Kinder bringen und holen, Elternabende). Andere gingen fort wegen der Unbequemlichkeit, sich selbst in Frage zu stellen, reflektieren, Farbe bekennen, Kritik ertragen zu müssen, denn das alles stellt ja das eigene Familienleben (z. B. auch die Rollenverteilung) in Frage. Schließlich gab es auch die nicht immer aufrichtige Entscheidung, eine bessere Chance für die Kinder außerhalb der Gruppe gefunden zu haben. Nur bei einem Austritt hatte das Kind eine Art Möglichkeit, mitzuentcheiden. Jeder andere Austritt erfolgte ohne Absprache mit den Kindern und meist abrupt. Das ergab jedesmal eine beträchtliche Lücke. Die verbliebenen Kinder waren irritiert und verunsichert, es kamen ihnen sehr nahestehende Menschen abhanden, und die Schwierigkeit, es verständlich zu erklären, ist nicht überwindbar.

In der Elterngruppe wuchs von Austritt zu Austritt die Enttäuschung und Resignation. Immer vorsichtiger wurden die Diskussionsabende, immer weniger frei die Gespräche.

Aus der Gründergruppe sind noch 2 Familien aktiv beteiligt. Die Gruppe besteht z. Zt. aus 5 Familien und 7 Kindern. Und es geht weiter. Es gibt ja auch keine vernünftige Alternative, entweder weitermachen oder endgültige Rückkehr zur autoritären Erziehung mit bestenfalls liberalem Einschlag.

Die Kindergruppe hat dagegen von Anfang an gut geklappt. Natürlich waren Konflikte da, die aber mit Hilfe der Erwachsenen allmählich gelöst wurden. Jetzt ist die Zuneigung der Kinder zueinander so groß, das Gruppenbewußtsein so stark, daß wir weniger fähigen Erwachsenen uns durchpäppeln lassen können. Unsere Kinder haben die Fähigkeiten erworben, miteinander zu spielen, zu lachen, zu teilen, zu zanken, Konflikte zu lösen, hilfreich zu sein – all das, was wir Großen so gerne auch können möchten, aber nur mangelhaft verwirklichen können, vermutlich wegen der gängigen verkorksenden Erziehung, die man selbst erfuhr.

Wir versehen unseren Gruppendienst weiter, unsere Kinder treffen sich nachmittags viel, es wird viel unternommen (Schwimmen, Strand usw.), und es gibt weiterhin so viel Freiheit wie bei echter Partnerschaft möglich. Wir hoffen auf weitere Mitglieder und darauf, auch in der Elterngruppe bessere Kontakte zu bekommen, denn als gesellschaftliche Außenseiter, die wir „Antiautoritären“ nun einmal sind, bleiben wir aufeinander angewiesen. Vorerst jedoch sehen wir den Kindern zu und lernen durch sie und von ihnen für uns. Die Elterngruppe hätte längst aufgegeben, hätte wegen „pränataler“ Belastungen auch kaum Lebenschancen gehabt, wenn die Kinder nicht ständig korrigierend gewirkt hätten und wenn sie nicht letztlich sehen gelernt und gelernt hätten, berechnete Ansprüche auch gegenüber den Erwachsenen durchzusetzen.

Anschrift der Freien Kinderspielgruppe der HU: 24 Lübeck, Dr. Julius-Leber-Straße 86, Telefon (0451) 7 26 86.

Über die Humanistische Union, Landesbüro Nordrhein-Westfalen, 43 Essen 1, Gebhardstraße 13, können Sie beziehen:

Die Schülerunion – das mißbrauchte Patenkind

Die Humanistische Union, Landesverband Nordrhein-Westfalen, ist Mitherausgeber dieser Broschüre Nr. 18 aus der Schriftenreihe des „Pressedienst Demokratische Initiative“. Bitte bei der Bestellung 2,- DM in Briefmarken beilegen.

Frauenfragen und Rechte der Kinder erhalten bei HU-Umfrage Priorität

Fragebogenaktion 1974 des Ortsverbandes Frankfurt mit bemerkenswerten Ergebnissen, ein Bericht von Beate Devivere und Jürgen Gandela

Für die berufliche und soziale Gleichstellung der Frauen und gegen die Geringbewertung von Hausarbeit und Kindererziehung sollte sich die HU Frankfurt an erster Stelle einsetzen. Die Stärkung des Kinderrechts und die Verbesserung der Lage der Kinder durch mehr Spielplätze und mehr freundlichere Kindergärten steht bereits an zweiter Stelle der Problemliste, gefolgt von der Auseinandersetzung mit Kirchenprivilegien samt der Aufklärung über die Modalitäten des Kirchnaustretens.

Diese Rangliste stellten Freunde und Mitglieder des OV Frankfurt der HU bei einer neuen Umfrage über zukünftige Arbeitsschwerpunkte auf. Auch anderen traditionellen Themen der HU-Arbeit räumten die Frankfurter HU-Befragten wieder vorrangige Bedeutung ein: Der Auseinandersetzung mit reformfeindlichen Kräften (4. Stelle), dem politischen Engagement zugunsten der Rehabilitierung von Strafgefangenen (5. Stelle) und den Interessen von Ausländern (6. Stelle).

Aus einem Katalog von insgesamt 12 Arbeitsbereichen konnten die Befragten bis zu sechs auswählen und durch Rangziffern angeben, welches dieser Arbeitsgebiete nach ihrer Meinung an 1. bis 6. Stelle stehen sollte. An der Umfrage beteiligten sich 67 Freunde und Mitglieder des OV Frankfurt – etwa die gleiche Zahl wie bei einer ähnlichen Umfrage im Jahre 1972 (vgl. dazu im einzelnen: HU-Mitteilungen Nr. 59, Oktober/November 1972, Seite 3). Die Auswertung der neuen Umfrage ergab im einzelnen folgende Rangliste:

Platz 1974 Arbeitsbereich (Platz 1972)

1. Eintreten für berufliche und soziale Gleichstellung der Frauen, gegen Geringbewertung von Hausarbeit und Kindererziehung. (2.)
2. Stärkung des Kinderrechts. Verbesserung der Lage der Kinder durch mehr Spielplätze, mehr und freundlichere Kindergärten etc. (–)
3. Auseinandersetzung mit Kirchenprivilegien, Aufklärung über Modalitäten des Kirchnaustretens. (8.)
4. Auseinandersetzung mit reformfeindlichen Kräften in Wirtschaft, Bürokratie und Publizistik. (3.)
5. Politisches Engagement zugunsten der Rehabilitierung von (6.)

Strafgefangenen, besonders im Hinblick auf ihre Tarifentlohnung und ihre Einbeziehung in die Sozialversicherung.

6. Eintreten für die Interessen benachteiligter Ausländer. (7.)
7. Auseinandersetzung mit Linksextremismus und Linksdogmatismus, mit dem Ziel, einen HU-Standpunkt zu formulieren. (9.)
8. Erweiterung der Wählerkompetenzen auf Gemeindeebene, z. B. durch die Einführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden. (–)
9. Aufklärung über die nachteiligen Auswirkungen des geltenden Bodenrechts auf die städtischen Lebensbedingungen. (1.)
10. Eintreten für die volle Eingliederung der Behinderten in Beruf und Gesellschaft. (–)
11. Initiativen im Bereich des Umweltschutzes – etwa zugunsten strengerer Vorschriften für die Lagerung von Giftmüll. (4.)
12. Initiativen zur Kennzeichnung der uniformierten Polizeibeamten durch Namens- oder Nummernschilder. (10.)

Bei einem Vergleich der vorliegenden Ergebnisse mit denen der Befragung von 1972 fällt vor allem folgendes auf:

- Die Beschäftigung mit den Auswirkungen des geltenden Bodenrechts – 1972 für die Befragten noch Problem Nr. 1 – kam diesmal erst auf Platz 9.
- Der Stärkung des Kinderrechts – 1972 noch gar nicht im Problemkatalog enthalten – wird diesmal auf Anhieb Platz 2 zuerkannt.
- Die Polizeikennzeichnung wird offenbar nach wie vor als weniger bedeutsames Problem angesehen. Sie steht wieder am Ende der Liste.

Zur Frage, ob die HU „mehr nach links“ oder „mehr zur Mitte“ rücken sollte, äußerten sich nur 14 Befragte. Mit jeweils wesentlichen Präzisierungen sprachen sich 8 für „mehr zur Mitte“ und sechs für „mehr nach links“ aus.

Im Fragebogen wurde auch um Anregungen für die Arbeit der HU gebeten. Auch dabei wurde – neben „klassischen“ HU-Themen wie Kirche und Strafvollzug – mehrmals die Beschäftigung mit Kinderproblemen gefordert, z. B. mit Fragen des Adoptionsrechts oder der Sexualerziehung.

Die breite Streuung der Anregungen – vom Umweltschutz bis zur Forderung nach Änderung des Prüfungsverfahrens für Kriegsdienstverweigerer – läßt keine „brennende“ Zentralthematik erkennen, die etwa im Katalog der 12 verschiedenen Arbeitsbereiche nicht enthalten wäre. Mehrmals wurde betont, die Arbeit der HU dürfe nicht ausufern. Ein Befragter forderte eine „Selbstbeschränkung auf die Vertretung verschiedener Reformen“.

Autorenlesung in der JVA Butzbach

Am Mittwoch, dem 30. Oktober 1974, trug der bekannte Seefahrtslyriker Bern Hardy, Mitglied des Ortsverbandes Frankfurt der Humanistischen Union, Gedichte aus seinen Büchern in der Justizvollzugsanstalt Butzbach vor. Seine – in an Joachim Ringelnatz geschulte – literarische Form und Vortragsweise, fand begeisterte Aufnahme. Eine Diskussion über Probleme der Strafgefangenen, wie z. B. Fragen der Sexualität, schloß sich an. Ein weiterer Abend dieser Art in der Justizvollzugsanstalt Butzbach, in der ein aktiver HU-Arbeitskreis besteht, ist geplant.

Ausländische Kinder in deutschen Schulen

Nur etwa 2/3 der ausländischen Kinder in der Bundesrepublik besuchen nach offiziellen Schätzungen die allgemeinbildenden Schulen. 500.000 sind schulpflichtig. Berücksichtigt man die nicht ermittelbare Dunkelziffer, der polizeilich nicht gemeldeten Kinder, so kann man davon ausgehen, daß die Zahl der schulpflichtigen ausländischen Kinder weit über 500.000 liegt. Die, nach den Schulerlassen in den Bundesländern vorgesehenen, Vorbereitungsklassen für Ausländer-Kinder erfüllen auf Grund zu hoher Schülerzahlen und Mangel an geeigneten Lehrkräften nicht die Voraussetzungen, den Anschluß an die deutschen Jahrgangsklassen zu finden. Erfolg: über 60% der ausländischen Schüler erreicht den Hauptabschluß nicht. Hier sollte die Humanistische Union auf Landes- und Ortsverbandsebene in Zusammenarbeit mit den Ausländergruppen und den Wohlfahrtsverbänden aktiv werden, um den ausländischen Kindern Chancengleichheit zu erkämpfen.

(Quelle: dpa Hintergrund Archiv- und Informationsmaterial)

Kritik an Honorarzählung für „Wort zum Sonntag“

Humanistische Union fordert Sendezeiten auch für religiöse Minderheiten

Kritik an Honorarzählungen an Geistliche, die an kirchlichen Selbstdarstellungsprogrammen im Fernsehen wie dem „Wort zum Sonntag“ oder dem „ZDF-Tagebuch“ mitwirken, hat die Humanistische Union in einem Schreiben an die Intendanten der ARD-Anstalten und des ZDF geübt. Wörtlich heißt es dazu in dem Brief der Humanistischen Union: „In einer Zeit, da die Anstalten der ARD und das ZDF im Begriff sind, aus Geldmangel Abstriche an ihrem Kultur- und Informationsangebot vorzunehmen, erscheint es uns noch weniger vertretbar als seither, Sprechern der beiden Großkirchen, denen das Fernsehen Sendezeit zur Selbstdarstellung einräumt, dafür aus den Teilnehmergebühren ein Honorar zu zahlen. Die Finanzierung solcher Reihen sollte allein Angelegenheit der Religionsgesellschaften sein.“ Bei dieser Gelegenheit erinnerte der Geschäftsführer der Humanistischen Union, Peter Bernhardt, die Intendanten an einen

Offenen Brief der HU vom April dieses Jahres, in dem die Humanistische Union die Forderung angemeldet hatte, in Selbstdarstellungsprogrammen wie dem „Wort zum Sonntag“, „neben den Großkirchen auch die übrigen bedeutsamen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften in regelmäßigem Turnus angemessen zu berücksichtigen.“

Anlaß für diese Forderung war damals ein Auftritt der rheinland-pfälzischen CDU-Staatssekretärin Hanna Renate Laurien in der Reihe „Wort zum Sonntag“, wobei diese – nach Auffassung der Humanistischen Union, „am Vorabend der rheinland-pfälzischen Kommunalwahlen in der Streitfrage der Fristenregelung einseitig Partei ergreifen durfte.“

Neben einer Reihe von Tageszeitungen, die diese Pressemitteilung der HU veröffentlichten, schrieb uns der Intendant des Saarländischen Rundfunks Dr. Franz May: „Die von Ihnen angeschnittene Frage von Honorarzählung an Geistliche geht alle Funkhäuser an und muß daher auf ARD-Ebene erörtert werden.“

Ich selbst habe ein gewisses Verständnis für Ihre Ansicht, daß die Kirchen diese Sendungen eigentlich aus ihren Kirchensteuergeldern finanzieren sollten.“ k sch

HU-Informationsstelle für Kirchaustrittswillige in NRW

Aufgrund wiederholter Anfragen haben die Ortsverbände Köln, Essen, Mülheim/Ruhr und Oberhausen Informationsstellen für Kirchaustrittswillige eingerichtet.

In den Pressemitteilungen der Ortsverbände hieß es u. a.: „Die Humanistische Union propagiert als weltanschaulich neutrale Vereinigung nicht den antikonfessionell motivierten Kirchaustritt. Eine solche ausdrücklich antikirchliche Aktivität verbietet ihr allein schon der Umstand, daß ungefähr die Hälfte ihrer Mitglieder selber einer der beiden großen christlichen Konfessionen angehört.“

Allerdings ist die Humanistische Union der Ansicht, daß nur die strikte und vollständige Trennung von Kirche und Staat die Verwirklichung demokratischer Glaubensfreiheit garantiert. Diese vollständige Trennung wird vor allem durch die unangemessene politische und gesellschaftliche Macht der Amtskirchen verhindert. Diese Macht wiederum ist nicht unerheblich in der großen Zahl von Kirchenmitgliedern begründet, die sich in ihrem Glauben längst von der Kirche abgewandt haben, aber unter dem Druck gesellschaftlicher Konventionen, aus Bequemlichkeit oder anderen Gründen formal Mitglieder der Kirche geblieben sind. Aus diesem Grund ist auch für die Humanistische Union die Diskussion des Kirchaustrittsproblems aktuell. Zumindest sieht sie es als ihre Aufgabe an, den Austrittswilligen die notwendigen rechtlichen Informationen über die Modalitäten des Austritts zu vermitteln.“

Auf Anfrage werden Kirchaustritts- Informationsblätter zugesandt von der: Humanistischen Union, Ortsverband Essen, 43 Essen 1, Gebhardstr. 13, Telefon (0201) 73 55 80 und 27 80 06,

Humanistische Union, Ortsverband Köln, 5 Köln 60, Postfach 600328,

Humanistische Union, Ortsverband Mülheim/Oberhausen/Duisburg, c/o Ewald Beldt, 433 Mülheim-Speldorf, Sperberweg 27, Telefon (02133) 5 04 30.

rechts drängen. Reform-Impulse aus nicht-juristischer Öffentlichkeit sind notwendig. Darauf soll diese Streitschrift lenken.“ (Hans Heinz Heldmann: Ausländerrecht Disziplinarordnung für die Minderheit, Hermann Luchterhand Verlag, Darmstadt und Neuwied, 160 Seiten, 12,80 DM).

Neue Bücher

Strukturelle Revolution – Von der Wertlosigkeit der Sachen

An dieser Stelle sei auf das neue Buch unseres Beiratsmitglieds Jochen Steffen hingewiesen. Eine ausführliche Besprechung wird in den nächsten Mitteilungen erscheinen. Schon jetzt aber kann gesagt werden, daß dieses Buch, mit dem ein bedeutender Politiker den Versuch einer theoretischen Konzeption, nicht als abgeschlossenes Denkmodell, sondern als Auftrag und Anfang zur Entwicklung des demokratischen Sozialismus vorlegt, unseren Mitgliedern und Freunden ausdrücklich empfohlen werden kann.

(Jochen Steffen: Strukturelle Revolution – Von der Wertlosigkeit der Sachen, Verlag Rowohlt, Reinbek, 399 Seiten, 24,- DM)

Im Oktober 1974 ist das Buch

Ausländerrecht Disziplinarordnung für die Minderheit

unseres Bundesvorstandsmitglieds RA Dr. Hans Heinz Heldmann erschienen. In seiner Vorbemerkung schreibt Dr. Heldmann:

„Dieses Buch ist keine juristische Abhand-

lung. Es ist eine Streitschrift. Sie folgt aus meinen Beobachtungen und Erfahrungen als Anwalt von Ausländern; über ein Jahrzehnt hinweg; aus allen Ländern der Bundesrepublik. Den größeren Teil des hier vorgelegten Materials habe ich eigenen Akten entnommen. Fälle und Fallentscheidungen sind nicht außergewöhnlich, vielmehr typisch: die Rechtsnot des Ausländers in der Bundesrepublik zu zeigen; seine Deklassierung im Recht eines Rechtsstaats.

Diese Schrift richte ich an Juristen und an Nicht-Juristen; stärker an die letzteren: Die rechtliche Diskriminierung von Ausländern in der Bundesrepublik lebt von der – stillschweigenden oder beifälligen – Duldung ihrer Deklassierung; ihrer Behandlung als Individuen minderen Kulturstandes, kollektiv ihrer Deklassierung zur Randgruppe der Nichtanzunehmenden. Ihre Emanzipation aus dem Barbaren-Status ist eine vor-rechtliche Aufgabe, eine solche der Aufklärung. Sodann darf Rechtsreform nicht dem Juristenstand überlassen bleiben. Es sind nicht mehr als ein halbes Dutzend unter den Juristen in der Bundesrepublik, die seit Jahren auf eine gründliche Reform des geltenden Ausländer-

Bücherverkaufsliste

Die Humanistische Union bemüht sich, ihren Mitgliedern und Freunden informative Texte anzubieten. Wir bitten Sie, von diesem Angebot regen Gebrauch zu machen. In den nachfolgend aufgeführten Preisen sind die Porto- und Versandkosten nicht enthalten. Diese werden gesondert berechnet. Bei Bestellungen ab 30,- DM erfolgt die Lieferung versand- und portofrei.

AN DIE HUMANISTISCHE UNION, 8 MÜNCHEN 2, BRÄUHAUSSTRASSE 2

Ich bestelle hiermit:

Verfasser:	Titel:	Preis DM
Sonderangebot:	Trennung von Staat und Kirche	nur 4,80
..... Exempl. Erwin Fischer	Erwin Fischer bezieht in seine Betrachtung sowohl die Religionsfreiheit als auch das Verhältnis von Staat und Kirche ein. Zu den wichtigsten Einzelfragen, die untersucht werden, gehören u. a. die „christliche Schule“, der Religionsunterricht und die theologischen Fakultäten, ferner die Anstalts- und Militärseelsorge, sowie die religiösen Einflüsse im Strafrecht. 363 Seiten, Alfred Metzner Verlag Ffm-Berlin.	
..... Exempl. Heinz Großmann (Hrsg.)	Bürgerinitiativen – Schritte zur Veränderung? S. Fischer Verlag Frankfurt, 176 Seiten (Einige der dargestellten Initiativen gehen auf die HU zurück)	3,80
..... Exempl. H. Ostermeyer E. Spoo U. Sonnemann G. Wallraff u. a.	Die Tabus der bundesdeutschen Presse Carl Hanser Verlag München (Die Referate des von der HU 1970 mitveranstalteten Kongresses), 136 Seiten.	7,80
Sonderangebot:	Christliche Aspekte unserer Rechtsordnung	nur 2,80
..... Exempl. Siegwart Ott	Siegwart Ott geht es darum, die Wirksamkeit christlicher Vorstellungen in der Rechtsordnung der Bundesrepublik aufzuzeigen. Die Untersuchung will dazu beitragen, zu erkennen, daß viele der heute noch geltenden Rechtsnormen lediglich historische Relikte darstellen, die, weil sie nicht mehr zeitgemäß sind, beseitigt werden sollten, auch wenn sie nicht verfassungswidrig sind. 219 Seiten, Luchterhand Verlag Berlin und Neuwied.	
..... Exempl. Karl Retzlaw	Spartakus (Handsigniert vom Autor) In den Mitteilungen der HU Nr. 67 schreibt Peter Bernhardi u. a.: Das Buch „Spartakus – Erinnerungen eines Parteiarbeiters“ ist außerordentlich fesselnd geschrieben. Sicher liegt das mit daran, daß Karl Retzlaw nur über Ereignisse schreibt, die er selbst miterlebte. Karl Liebknecht, Trotzki, Lenin, Rosa Luxemburg, Paul Levi, Arthur Koestler, Walter Ulbricht und vielen anderen ist Retzlaw bei seiner politischen Arbeit begegnet und weiß Interessantes von ihnen zu berichten. In einer Zeit, da Literatur von und über ehemalige Größen des Nationalsozialismus Riesenauflagen erreicht, verdient Retzlaws wichtiges Buch ganz besondere Beachtung. Unabhängig vom persönlichen politischen Standort kann es jedem am Zeitgeschehen Interessierten, insbesondere jungen Menschen, empfohlen werden. Verlag Neue Kritik, 500 Seiten.	25,-
..... Exempl. Peter Rath (Hrsg.)	Trennung von Staat und Kirche? (nicht identisch mit Titel 1) Dokumente und Argumente Ausgehend von den Thesen der Jungdemokraten wird in diesem Buch versucht, die für das Thema relevanten Stellungnahmen, Thesen und Doku-	4,80

Verfasser: Titel: Preis DM

mente zusammenzufassen hat Peter Rath, Landessprecher der HU Nordrhein-Westfalen, auch historische Dokumente, Stellungnahmen der Päpste und relevante Rechtsquellen aus Bund- und Länderverfassungen einbezogen. Darüber hinaus kommen die wichtigsten Verteidiger des Status quo mit ihren kritischen Äußerungen zu Wort.
Verlag Rowohlt, 253 Seiten.

Sonderangebot: **Katalog der von der HU in München und Dortmund gezeigten Ausstellung „Erotic Art“** nur 1,50
..... Exempl. 48 Seiten, 35 Abbildungen, zum Teil in Farbe

Sonderangebot: **Plakat der Ausstellung „Erotic Art“** nur 1,50
..... Exempl. (Vierfarbendruck)
W. P. Eberhard
Eggers

..... Exempl. **Die Humanistische Union** 4,80
Jürgen Hofmann Ein Beitrag zur Soziologie der Intellektuellen (Dissertation), 188 Seiten

..... Exempl. **Das schwarze Kassenbuch** 6,80
Die heimlichen Wahlhelfer der CDU/CSU
Herausgegeben vom Presseauschuß der Demokratischen Aktion (PDA)
Vorwort Heinrich Böll
Verlag Kiepenheuer & Witsch Köln, 128 Seiten

Sonderangebot: **Der Fall Blomert** 0,50
..... Exempl. Eine kriminalwissenschaftliche Dokumentation, 104 Seiten
Frank Arnau Verlag Gestern und Heute München

..... Exempl. **Ausländergesetz 65 – Alternativentwurf 70** 5,-
Fritz Franz, H. H. Heldmann u. a. Verlag Neue Gesellschaft Bonn (Vorschlag der HU zur Reform des Ausländerrechts nebst verschiedenen Untersuchungen zur Problematik), 148 Seiten.

Sonderangebot: **Kompletter Jahrgang 1969 unserer kulturpolitischen Korrespondenz „Vorgänge“** zum Preis von - nur 12,-
..... Exempl. Einige Hinweise auf Inhalt und Umfang werden Ihnen zeigen, daß sich der Kauf lohnt. Der Jahrgang umfaßt 12 Hefte mit insgesamt 436 Seiten.
Aus dem Inhaltsverzeichnis:
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim „Du sollst nicht töten / Staatliche Gewalt und die Idee der Gewaltlosigkeit“. Prof. Dr. Eduard Hapke „Sexuelle Erziehung heute“. Dr. Helga Einsele „Ein besserer Strafvollzug – oder etwas was besser ist als Strafvollzug?“. Prof. Dr. Jürgen Seifert „Verfassungsregeln im politischen Konflikt“. Dr. Joachim Kahl „20 Thesen über die Unwissenschaftlichkeit der Theologie“.

Weiterhin sind über die Bundesgeschäftsstelle der Humanistischen Union sämtliche Exemplare der im Auftrag der Humanistischen Union herausgegebenen Zeitschrift „Vorgänge“ (soweit nicht vergriffen) bis zum Erscheinungsjahr 1972 einschließlich zu beziehen.

Der Preis je Exemplar beträgt 2,- DM.

Name:

Anschrift:

Datum: Unterschrift:

Rechtsfibel für Kinder und Jugendliche

Auf seiner Vorstandssitzung Ende August in Stuttgart hat der Bundesvorstand den aus seinen Reihen kommenden Vorschlag, eine Rechtsfibel für Kinder bzw. Jugendliche zu erstellen erörtert und beschlossen, den Versuch zu machen, für eine derartige Schrift Mitarbeiter innerhalb (und außerhalb) der HU zu gewinnen.

Kinder und Jugendliche (Adressat etwa die Altersgruppe der ca. 10–16jährigen) sollten darin – und dafür liegt sicher ein Bedarf vor – in faßlichem Stil über die ihnen zustehenden, oft gar nicht bekannten Rechte informiert werden, sie sollten eingeführt werden in die Problematik Kindes- und Erwachsenenrecht, gegebenenfalls mit Hinweisen, wie sie den einseitig gewichteten Rechtsbestand zu ihren Gunsten „unterlaufen“ könnten etc.; der Text sollte mit flotten Zeichnungen aufgelockert und illustriert und mit einem Anhang, der die wichtigsten für Kinder relevanten Gesetzesbestimmungen enthält, versehen sein.

Dieses Projekt entspricht übrigens der Linie der rechtspolitischen Grundsatzentscheidung der DK und der letzten „Novembertagung“ in Köln. Mit der vorbereitenden Redaktionsarbeit wurde vorläufig Diethard Seemann, 68 Mannheim 34, Kirchwaldstraße 63, beauftragt, der darin von Mitgliedern des OV Mannheim unterstützt werden wird. Für Ihre erwünschten Anregungen und Angebote der Mitarbeit, die allerdings für einige Zeit verbindlich sein müßten, steht die oben genannte Adresse zur Verfügung. Nennen Sie uns auch weitere kompetente Personen. Sobald hinreichendes Material vorliegt, wird auf einem Wochenendseminar über die endgültige Konzeption dieser „Rechtsfibel“ und die Arbeitsverteilung entschieden werden.

Neues Werbe- und Informationsmaterial

Zur Öffentlichkeitsarbeit liegen in der Geschäftsstelle bereit: unser **HU-Informationsblatt** und die Broschüren **Erziehung zur Erziehung** und **Glaubensfreiheit, Kirchenprivilegien und die sogenannte Partnerschaft von Staat und Kirche**. Bitte bestellen und im Bekanntenkreis weitergeben.

Kurzberichte · Informationen · Einladungen

Ortsverband Bremen Veranstaltungsreihe über Probleme ausländischer Arbeiter

Die Humanistische Union, Ortsverband Bremen, führte begleitend zur Ausstellung des Bremer Übersee-Museums in der Unteren Rathaushalle „Türkei – Heimat von Menschen in unserer Stadt“ eine Veranstaltungsreihe durch.

Über „ausländische Kinder in deutschen Schulen“ sprach am 8. November 1974 Frau Prof. Dr. Antje-Katrin Menk. Am 15. November 1974 referierte unser Bundesvorstandsmitglied, Rechtsanwalt Dr. Hans-Heinz Heldmann über „Auländerfamilien und Sozialstaatsprinzip“.

Den Abschluß bildete die Veranstaltung „Kinder ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik“; das einleitende Referat hielt Heinrich Schmidt, die Diskussions Teilnehmer waren: Hakki Celik, Sozialbetreuer der Arbeiterwohlfahrt, Kurt Weber, Berufsschullehrer und Ingrid Wöhlke, Lehrerin.

Landesverband HU Hessen Gegen Wahlkampfmißbrauch des „Worts zum Sonntag“

Vor einem möglichen Mißbrauch des „Worts zum Sonntag“ für Wahlkampfzwecke – ähnlich wie er unmittelbar vor den rheinland-pfälzischen Kommunalwahlen durch eine Attacke der CDU-Politikerin Hannarene Laurie auf die Fristenregelung erfolgte – warnte die Sprecherin des Landesverbandes Hessen der HU, Beate von Devivere, kurz vor den dortigen Landtagswahlen in einem „Offenen Brief“ an den Programmdirektor des Deutschen Fernsehens, Hans Abich.

Ortsverband Frankfurt Öffentliche Mitgliederversammlung mit Referat von Dr. Theo Rasehorn

Zu einer öffentlichen MV lädt der OV Frankfurt für Montag, den 25. November ins Haus Dornbusch (Clubraum 2) ein. Zur Vorbereitung auf die Wiesbadener HUBundestagung zum Thema „Kommt eine neue Restauration? – Wie kann ihr begegnet werden?“ gibt es ein einleitendes Referat von Dr. Theo Rasehorn, der Vorsitzender Richter am OLG Frankfurt ist und dem Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen (ASJ) angehört. Weitere Tagesordnungspunkte sind die Nominierung von Kandidaten für die Wahlen zur Delegiertenkonferenz der HU im März 1975 sowie Berichte über die Arbeit der Frankfurter HU-Pro-

jektgruppen „Strafvollzug“, „Ausländerfragen“, „Eltern mit Kleinkindern“ und „Staat und Kirche“.

Landesverband NRW Neuer Landesvorstand gewählt

Die Landeskonferenz der HU NRW hat am 19. Oktober 1974 den alten Landesvorstand, bestehend aus Helge Klawitter, Peter Rath und Ursula und Ferdinand Tjaden, im Amt bestätigt. Neu hinzu gewählt wurde Dr. Alfons Spielhoff.

Informationshilfe der HU NRW zum § 218

Die noch ausstehende Entscheidung über die Fristenregelung zwingt den hilfesuchenden Frauen Unterstützung zu gewähren. Die HU NRW hat ein sechsstufiges Informationspapier veröffentlicht über

- Methoden der Schwangerschaftsverhütung
- Die „Pille danach“ – Möglichkeiten des Schwangerschaftsabbruchs in Holland und England.

Alle hilfesuchenden Personen können diese Information (gegen Rückporto von 1,- DM) erhalten von:

Humanistische Union, Landesbüro NRW, 43 Essen 1, Gebhardtstr. 13.

Ortsverband Mainz/Wiesbaden Mitgliederversammlung mit Diskussionschwerpunkt „Öffentlichkeitsarbeit“

Die nächste Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Mainz/Wiesbaden findet am Freitag, dem 22. 11. 1974, um 20.00 Uhr im Sonderzimmer des Bahnhofsrestaurants im Mainzer Hauptbahnhof statt.

In seiner Einladung schrieb der Ortsverbandsvorsitzende Ulrich Dymanski u. a. „Wir legen großen Wert darauf, die Meinung unserer Mitglieder zur Aufgabenstellung und Öffentlichkeitsarbeit der HU kennenzulernen, weil diese Themen auf jeder Delegiertenkonferenz zur Debatte stehen und unsere Delegierten auch die Meinung der Mitglieder vertreten wollen, die nicht selbst zur nächsten Delegiertenkonferenz nach Hannover fahren können.“ Durch die Ausbreitung des Fernsehens wurde alle lokale Öffentlichkeitsarbeit fast wirkungslos. Nur mit Top-Prominenz oder hautnahen (z. B. kommunalen) Themen kann man die Bürger noch aus den Fernsehsesseln locken und Säle füllen. Sonst kommen auf etwa 25 Zuhörer 500,- DM Veranstaltungskosten. Wenn die HU überleben will, muß sie daher ihre Arbeitsweise ändern. Über das „Wie“ wollen wir am 22. November 1974 diskutieren. Dazu ein 200 Jahre alter Kommentar von Georg

Christoph Lichtenberg: „Ich weiß nicht, ob es besser werden wird, wenn es anders werden wird; aber so viel ist gewiß, daß es anders werden muß, wenn es gut werden soll.“

Wer nicht zur Mitgliederversammlung kommen kann, teile mir seine Überlegungen bitte schriftlich mit, ich werde sie auf der Versammlung vortragen. Vorgeschlagen wurde, in Mainz eine Veranstaltung mit Rechtsanwalt Dr. Hans Heinz Heldmann über Kindesrecht durchzuführen. Was halten Sie davon?“

Ortsverband München Informationsabend über Zielsetzung und Arbeit der HU

Am Mittwoch, dem 6. November 1974, veranstaltete der Münchener Ortsverband einen gut vorbereiteten Informationsabend. Zwei Referate leiteten die Diskussion ein. Otto F. Gmelin, Schriftsteller und Mitglied des Ortsvorstands, sprach über Probleme der Trennung von Staat und Kirche. Insbesondere erläuterte er die Stellung der

Humanistischen Union, der Deutschen Jungdemokraten und der F.D.P.

Peter Bernhardt, Bundesgeschäftsführer der HU, sprach über „Die Arbeit der Humanistischen Union gestern — heute — morgen“. Der Schwerpunkt seiner Ausführungen lag in der Feststellung, daß trotz beachtlicher Erfolge (Alternativentwurf der HU zum Ausländergesetz, Vorschlag, das Verbot des Schwangerschaftsabbruchs (§ 218 StGB) durch die Fristenregelung zu ersetzen, Dokumentation zum Ehescheidungsrecht und erfolgreicher Kampf gegen klerikale Einflüsse im Schulwesen) neue Formen der HU-Arbeit gefunden werden müssen, da es nicht gelungen sei, die persönliche und finanzielle Unterstützung in der Öffentlichkeit zu finden, die zur Bewältigung der anstehenden Probleme notwendig ist.

Eine lebhafte Diskussion über Initiativen der HU zu Fragen wie Religionskundeunterricht, Emanzipation von Frau und Mann, Kindesrecht und Erziehung beschloß diesen Informationsabend.

Durch einen Straßenstand, den der Mün-

chener Ortsverband in der dem Informationsabend vorangehenden Woche in der Innenstadt organisiert hatte, war u. a. auf diese Veranstaltung hingewiesen worden.

Diskussion

Frau Katharina Seibert bittet um Richtigstellung:

„Die Angabe in der letzten Nummer der Mitteilungen (September 1974), ich hätte den Vorschlag gemacht, Mitgliederwerbung in Altersheimen zu betreiben, ist falsch. Ich habe vielmehr die Meinung geäußert, auch eine aktivere Tätigkeit der einzelnen Ortsverbände könnte meines Erachtens werbewirksam sein. Und ich hatte dazu Anregungen für die Bildung weiterer Arbeitskreise gegeben, darunter auch einen Vorschlag, der auf eine vollkommene Neuorientierung der Frage der Altenheime und Altenhilfe hinzielte, die endlich auf eine zeitgemäße, den wissenschaftlichen Erkenntnissen Rechnung tragende Basis gestellt werden müßte.“

Materialien des Arbeitskreises »Erziehung zur Erziehung«

Der Arbeitskreis „Erziehung zur Erziehung“ im OV München hat neue Materialien erstellt, die auf 53 Seiten (DIN A 4) folgendes bieten:

Zusammenstellung der bisherigen Veröffentlichungen

Liste empfehlenswerter Bücher über Erziehung

Berichte über Unterrichtspraxis

Textauszüge aus Büchern

Dokumentation über „Verdacht sittlicher Verfehlungen“

Buch-Besprechungen

Diese Materialien können zusammen zum Preis von 5,— DM (plus Versandkosten) bestellt werden.

Des weiteren bietet der Arbeitskreis zum Preis von 2,50 DM ein Referat von Johannes Glötzner über Friedenserziehung an (18 Seiten DIN A 4).

An den Arbeitskreis „Erziehung zur Erziehung“ p. A. Glötzner, 8 München 22, Triftstr. 9

Hiermit bestelle ich

..... Materialien des AK „Erziehung zur Erziehung“

..... Referat: „Gewaltlose Erziehung — Erziehung zur Gewalttätigkeit“

Name:

Anschrift:

Unterschrift:

Wolfgang Petrick

Die Handzeichnungen 1963—1974
Werk-Verzeichnis

ca. 90 S. mit 250 Abbildungen
darunter 10 Farbtafeln

Farbprospekt
anfordern

Ausgabe A
(Aufl. 1000 Expl.) DM 20,—

Ausgabe B
mit einer Orig. Farbradierung (Aufl. 100 Expl.)
Subskriptionspreis bis 30. 11. 1974: 80,— DM;
danach 100,— DM

Ausgabe C
mit einer Orig. Farbstiftzeichnung (15 Expl.)
Subskriptionspreis bis 30. 11. 1974: 400,— DM;
danach 450,— DM

Fremdarbeiter-Situationen

Sechs Orig. Graphiken von
Paolo Baratella, Vlassis Caniaris,
Rafael Canogar, Peter Sorge, Giangiacomo Spadari
und Klaus Staeck
in Leinen-Kassette 75x56, Aufl. 50 Expl. 1.200,— DM

Poll-Editionen Galerie Poll Berlin

Kurfürstendamm 185, Telefon (030) 883 66 44
Ständig u. a.: Caniaris, Canogar, Kienholz,
Albert, Diehl, Petrick, Sorge.

Humanistische Union e. V., 8 München 2, Bräuhäusstraße 2
Für diese Mitteilungen ist Peter Bernhardt verantwortlich, für den
Diskussionsteil Volker Hummel, 6242 Kronberg 2, Hünerbergstr. 12
Telefon: (089) 22 64 41/42 Redaktionsschluß: 15. 11. 74

Redaktionsschluß der nächsten Mitteilungen: 7. 2. 1975
Bezugspr. im Mitgliedsbeitrag der Humanistischen Union enthalten
Konten: Bank für Gemeinwirtschaft München 1700678.
Postscheck München 104200-807.
Beilage: 1 Wahlordnung, 1 Prospekt Kaiser Verlag München